

Die SAV fordert:

- * Nein zum Euro, nein zu Maastricht
- * Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit
- * Gegen Nationalismus und Rassismus
- * Gegen eine 'Festung Europa'
- * Nein zum EUROpa der Banken und Konzerne – für ein sozialistisches Europa

Die SAV hat im Rahmen der Euromärsche im vergangenen Jahr mit zu einer internationalen Demonstration in Amsterdam mobilisiert, bei der 50.000 ArbeiterInnen gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in Europa demonstrierten. Wir rufen schon jetzt dazu auf, an der internationalen Demonstration anlässlich des EU-Gipfels im Juni 1999 in Köln teilzunehmen.

Mach mit bei der SAV!

- Ich möchte weitere Informationen
- Ich möchte Mitglied werden

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

SAV Berlin - Stadtbüro, Schönhauser Allee 26 a, 10435 Berlin
Fon: + Fax: 030/4408429, E-mail: h0444uk@student.hu-berlin.de

Wählen alleine reicht nicht, aktiv werden bei der SAV!

Die Sozialistische Alternative organisiert **Gegenwehr** gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für **Solidarität**, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende und Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern zusammenschlossen. Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet.

Unsere Alternative heißt **Sozialismus**, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft, in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Nein zum EUROpa der Banken und Konzerne

Internationale Solidarität
gegen Arbeitslosigkeit und
Sozialabbau

Gegen Rassismus und
Nationalismus



**Kohl muß weg -
neue
Arbeiterpartei
aufbauen!**

SAV

**Sozialistische
Alternative**

Nein zum EUROPA der Banken und Konzerne Internationale Solidarität gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau

Schafft der EURO Arbeitsplätze?



Gestern hieß es noch, der Euro schaffe mehr Beschäftigung und Wohlstand in Europa. Mittlerweile sagen Kohl und Co: Der Euro schaffe nur die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze. Der Konkurrenzkampf werde natürlich durch den Euro schärfer werden, Lohnzurückhaltung und Sparpolitik seien weiter nötig.

Schon die Vorbereitung auf den Euro hat direkt Arbeitsplätze vernichtet. Um die öffentlichen Haushalte fit für den Euro zu machen, wurden öffentliche Investitionen und Ausgaben gekürzt, öffentliches Eigentum privatisiert. In Deutschland wurden zwischen 1992 und 1996 eine halbe Million Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst gestrichen.

Mit dem Euro werden die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede in Europa noch krasser hervortreten und „dann wird sich die Abwärtsspirale nach unten auch für viele in Deutschland noch mehr beschleunigen“, weiß auch die SPD (Pressemittteilung vom 3. 4. 98). Aber die SPD werde das mit einer Europapolitik zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und Schaffung von gemeinsamen Standards in der Sozialpolitik zu verhindern wissen. Ähnlich argumentieren auch die Grünen. Die „Beschäftigungs-“ und „Sozialpolitik“ von SPD oder Rot-Grün in Ländern und Gemeinden bestehe aber schon heute aus Stellenabbau im öffentlichen Dienst und Kürzungspolitik.

Euro als Knüppel



Die im Maastrichtvertrag vereinbarten Kriterien zur Einführung des Euro erlauben es „den Regierungen und Parlamenten, von ihren Völkern einschneidende Stabilitätsopfer zu verlangen.“

(Theo Waigel). Im Klartext: der Euro dient als Knüppel bei der Durchsetzung von Lohnrückerei und Sozialabbau. Wenn in Zukunft in Deutschland oder einem anderen Land die Forderung nach arbeitsplatzschaffenden öffentlichen Investitionen oder höheren Sozialausgaben erhoben wird, wird es sofort heißen, daß nationale Alleingänge wegen der europäischen Währung nicht machbar wären. Der Euro verschafft dem Kapital noch mehr Bewegungsfreiheit, noch mehr Möglichkeiten zu Lohndumping und dem Ausspielen von Arbeiterinnen und Arbeitern mit unterschiedlichen Pässen.

Diktatur der Banken



Die Europäische Zentralbank (EZB) soll die Währungspolitik unabhängig bestimmen können. Das heißt, sie soll von den Interessen und Forderungen der breiten Masse der Bevölkerung in Europa unabhängig sein und nur den Interessen des Kapitals dienen. Der Euro ist ein Projekt der Banken und Kon-

zerne. Ihnen geht es darum, die Stellung der europäischen Finanz- und Aktienmärkte im internationalen Konkurrenzkampf zu stärken und sich ihren Anteil an den Profiten durch die Ausbeutung von Märkten und Menschen international zu sichern. Das kapitalistische Konkurrenzsystem schafft aber weltweit nicht Fortschritt und Wohlstand, sondern Krisen, Rückschritt, wachsende Armut und Ungleichheit. Deshalb kann die breite Masse der Bevölkerung in allen Ländern bei dem Projekt Euro nicht gewinnen, sondern nur verlieren. Die SAV lehnt den Euro ab. Nicht aus nationalen Gründen, sondern aus sozialen. Wir verteidigen nicht nationale Währungen, sondern Arbeitsplätze und Einkommen – international.

Gegenwehr



Europa kann nur von unten zusammenwachsen, im gemeinsamen Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter über Ländergrenzen hinweg. Wir wollen, daß die Gewerkschaften sich klar gegen den Euro aussprechen und Widerstand gegen Sozialraub, Privatisierung, Lohndrückerei und Arbeitsplatzvernichtung international organisieren.

Unser Ziel ist ein sozialistisches Europa, in dem die Wirtschaft nicht für die Profitinteressen der Banken und Konzerne funktioniert, sondern entsprechend den Bedürfnissen der Menschen demokratisch geplant wird.